

Ergebnisse der

RÄTEVERSAMMLUNG DER VEREINIGTEN VERGANGENHEITEN

am Donnerstag, 17.10.2019, Staatstheater Nürnberg, Kammerspiele

Mit ihrem Theaterprojekt »Das Kabinett der Vereinigten Vergangenheiten« hatte das Künstler-Kollektiv geheimagentur in der Spielzeit 2018/19 den Nürnberger Bürger*innen im Staatstheater einen performativen Raum für politische Visionen eröffnet: In 12 – durch Impulse von ausgewählten Gästen bereicherten – theatralen Bürgerversammlungen wurden 12 Beschlüsse für ein besseres Nürnberg im Jahr 2068 erarbeitet – der sogenannte »Nürnberger Korb« (siehe www.vereinigtevergangenheiten.net). Diese Beschlüsse wurden in einem persönlichen Gespräch an Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly übergeben.

In Fortführung und weiteren Konkretisierung des »Nürnberger Korbs« trafen am 17. Oktober Vertreter*innen des »Kabinetts«, die ihre Anliegen in die zurückliegenden Versammlungen eingebracht hatten, in einer öffentlichen **Räteversammlung** auf Protagonist*innen der Kommunalpolitik: u.a. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Kulturreferentin Prof. Dr. Julia Lehner, die OB-Spitzenkandidat*innen Thorsten Brehm und Verena Osgyan, Vertreter*innen aus 5 Fraktionen im Stadtrat – sowie interessiertes Publikum.

»Wie wollen wir in Nürnberg leben – heute, morgen und in 50 Jahren?«, lautete die Leitfrage, die an insgesamt 8 Ratstischen über zwei Stunden hinweg in unterschiedlichen Themenschwerpunkten erörtert wurde. Nach einer ersten Gesprächsrunde, die vor allem der radikalen Wunschproduktion für das künftige Nürnberg 2068/69 gewidmet war, haben die jeweiligen Diskutanten am Ende folgende zentrale **Handlungsempfehlungen** zur Erreichung der realutopischen Ziele festgehalten:

Thematisch BILDUNG

»Kinder ins Leben«: Maßnahmen, die geeignet sind, Kinder aus dem Lebensraum Schule radikaler und regelmäßiger als bisher in den gelebten gesellschaftlichen und beruflichen Alltag hineinschnuppern zu lassen.

Verpflichtende politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit.

Rechtsanspruch für Bildungsberatung.

Städtische Bildungsstipendien (schulische und betriebliche).

Lehrinhalte und Programme (auch und vor allen an Gymnasien), die handwerkliche und soziale Berufe als gleichwertig zu akademischen Bildungswegen vermitteln.

Kostenfreie gleichwertige Bildung für alle.

Abschaffung der Sprengelpflicht bei Mittelschulen, breiteres Wahlfachangebot an Mittelschulen, Mehrsprachigkeit (Ergänzung um Arabisch, Türkisch und Farsi) – das alles mit dem langfristigen Ziel der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten eines flexibler gestaltbaren Einheitssystems.

Mehr Ganztagsprogramme.

Thematisch GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Einklagbares Recht auf kostenlose Vorschul-, Kinder- und Altenbetreuung.

Straßenbenennung ab sofort nach emanzipatorischen Kriterien vornehmen.

Bildungsbereich: geschlechterunabhängige Hinführung zu Care-Arbeit.

30 Wochenarbeitsstunden für Eltern.

Geschlechtergerechtigkeit sofort!

Thematisch SOZIALE BERUFE

Verpflichtender »Zivildienst« für alle: Der Begriff »Zivildienst« ist hier breit aufgefasst – darunter fallen Dinge wie ein freies soziales Jahr, Engagement in Jugendeinrichtungen/sozialen Projekten oder in Pflegeeinrichtungen. Ein Gremium mit Bürger*innen soll analysieren, in welchen Bereichen ein Mangel an Zivildienstleister*innen herrscht und dementsprechend die Verteilung koordinieren.

Langfristige Förderung sozialer Träger: Am Tisch wurde geäußert, dass man sich eine längerfristige Förderung von Trägervereinen wünscht, damit sich Mitarbeiter*innen bei sozialen Projekten nicht von einem Ein-Jahres-Arbeitsvertrag zum Nächsten hangeln müssen.

Anerkennung sozialer Berufe als Produktionsfaktor: Die Stadt soll aktiv daran arbeiten, dass sich eine andere Wahrnehmung sozialer Berufe etabliert. Soziale Berufe sind auch »Produktionsfaktor« in dem Sinne, dass sie zur Mehrung von Glückseligkeit und Gerechtigkeit beitragen. Oft ist es leider so, dass soziale Berufe abgewertet werden, weil sie angeblich nichts »erschaffen«.

Thematisch SPIELWARENMESSE

Es soll eine *Mindestquote* festgelegt werden für den Anteil der Aussteller, die bei der Nürnberger Spielwarenmesse ausstellen und Arbeits- und Menschenrechte sowie ökologische Standards bei der Produktion einhalten. Dieser Anteil soll beständig ansteigen.

Wir benötigen eine *Institution*, die bestätigen kann, dass Arbeits- und Menschenrechte sowie ökologische Standards eingehalten werden. Deswegen soll eine Organisation gegründet werden, die ein Fair-Toys-Siegel vergibt.

Der Toy Award der Messe soll zum *Fair Toy Award* unter Berücksichtigung von Sozialstandards werden.

Aussteller, die Arbeits- und Menschenrechte sowie ökologische Standards einhalten, zahlen geringere Standgebühren. Dies wird finanziert aus einem »*Fair Fonds*«, in den ein Teil der Standgebühren einfließt.

Thementisch KNOBLAUCHSLAND

Baustopp weiterer Gewerbegebiete, kein Flächenfraß mehr!

Stadt Nürnberg möge nur noch bio/regional in allen Institutionen verwenden.

EU-weite realistische Bepreisung (aller) Lebensmittel unter Einbeziehung ökologischer Verträglichkeit, sowie des Tierwohls und unter Garantie menschenwürdiger Arbeitsbedingungen.

Lebensmittelampeln flächendeckend und verpflichtend durchsetzen.

Thementisch KONGRESSHALLE

Freiheit: Es soll freie und leere Räume geben, das von den Nutzern eigens bespielt und inszeniert werden. Der Geist soll freigiebig sein und jeder sollte die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten.

Freie Trägerschaft: Entkoppelt von Stadt und/oder einem Trägerverein – soll weder zum kommerziellen Zweck genutzt werden noch von Investoren in z.B. Wohnungsbau umgenutzt werden.

Vergangenheit: Soll keine Gedenkstätte und Wallfahrtsort werden – das Gebäude muss entmystifiziert werden und einen alltäglichen Funktionscharakter bekommen.

Bildungsort: Ein Zusammentreffen unterschiedlicher Menschen und Kulturen führt zu Gedanken- und Wissensaustausch. Jeder Mensch soll frei denken und selbstreflektieren, um sich individuell zu entfalten aber auch um die Gesellschaft zu entwickeln.

Kunst und Kultur: Nachdem die moderne Kunst von den Nationalsozialisten abgelehnt wurde, würde ein Ort zum künstlerischen Schaffen einen Kontrastpunkt bilden. Denn in der Kunst setzt man sich kritisch mit gesellschaftspolitischen, sozialen, philosophischen Themen auseinander. Ein Ort zum Austausch, Lernen, für Ausstellung und Kulturereignisse bringt Menschen zueinander und regt Diskussionen an, die wiederum Gesellschaftsbilder und Individuen prägen können.

Thementisch WOHNEN

Housing First: Ein Projekt für Nürnberg realisieren, erste Schritte sind getan (Fachgespräch am 22.10.)

»Aufbau-sozial«-Soli.

Investoren 2/3 geförderter Wohnbau: In Wien wird das bereits umgesetzt. Es gibt keinen Grund, warum das in Nürnberg nicht auch funktionieren sollte.

Forderung an die Stadt: Investoren mutig gegenüberreten, exklusiven Wohnungsbau lieber ablehnen, bevor immer mehr Menschen beim Thema Wohnen draußen bleiben müssen.

Plätze wie Petra-Kelly-Platz in Gostenhof zeigen, wie es gehen könnte: verkehrsberuhigt, bebant, offen für Anwohner, »Dorfplatz«.

Utopie:

Aufhebung der jetzt gängigen Eigentumsverhältnisse, hin zu einer genossenschaftlich organisierten Wohnpolitik.

Mit einem einklagbaren Recht auf Wohnen.

Jeder Obdachlose soll eine Wohnung bekommen.

Soziale Begegnungsräume für alle Wohnquartiere (Feuerplatz, kulturelle Räume, Spielen etc.)

Gegen soziale Kälte und Vereinsamung.

Thementisch ZUKUNFTSSCHUTZGEBIETE

1. *Kartierung von möglichen Zukunftsschutzgebieten:*

Vorbild: <https://kartevonmorgen.org>

2. Ein Pilotprojekt starten. In Kooperation mit einer Initiative, die eine Brache, einen Laden oder Ähnliches neu belebt. Das Heizhaus wäre bereit dazu. Dort könnten neue Formen der Kooperation (und z.B. Finanzierungsmodelle) mit Initiativen und Stadt erprobt werden. Zum Beispiel 1% der Kosten für die städtische Miete im Hauptgebäude an Gerch für das Heizhaus geben, da scheinbar kein Kreativzentrum kommen wird, wie ursprünglich geplant, und ansonsten 190.000qm ohne gemeinwohlorientierte Kulturräume entstehen. Begleitung des Prozesses durch ein unabhängiges Gremium.

3. Nürnberg soll Zukunftsschutzgebiete als Stadtplanerisches Modell bundesweit als Muster-Stadt mit etablieren. In Kooperation mit Deutschem Städtetag und Urbane Liga. (Am 3.12. wird das erste ZSG in Leipzig eingeweiht, mit dem OB von Leipzig, der nach Nürnbergs OB Maly nun der Nachfolger des Städtetages ist.)

4. rechtliche Rahmenbedingungen schaffen bzw. nutzen:

Formal entkoppelter Bereich zur Verfügungssteuer

Ordnungsrecht nutzen (Erbpacht, Satzungen, Verkaufsrecht)

Gebrauch des Verkaufsrechtes der Stadt

Wir sind offen für weitere Gespräche und vermitteln gerne den Kontakt zu den jeweiligen Ratsexperten der Vereinigten Vergangenheiten. Schreiben Sie dazu einfach eine Mail an: rouven@vereinigtevergangenheiten.net oder steffen@vereinigtevergangenheiten.net.

Kontakt im Staatstheater:

Sascha Kölzow, Dramaturg Schauspiel,
sascha.koelzow@staatstheater-nuernberg.de

Mit freundlichen Grüßen

das Kabinett der Vereinigten Vergangenheiten,
ein Projekt von geheimagentur und Staatstheater Nürnberg

Anhang 1: Presse-Echo der NN zur Räteversammlung
Anhang 2: Thesenpapier »Zukunftsschutzgebiete«